

Klaus Pfisterer

Die Bundeswehr versucht zunehmend größeren Einfluss auf das Bildungswesen zu nehmen, um die Sicherheits- (Kriegs-)politik der Bundesrepublik Deutschland darzulegen. Mittlerweile haben acht Bundesländer Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr unterzeichnet, die der Bundeswehr bzw. den Jugendoffizieren Vorrang in den Bildungseinrichtungen einräumen. In Baden-Württemberg wurde diese Vereinbarung am 4. Dezember 2009 mit dem Kultusministerium getroffen. Die Arbeit von Jugendoffizieren in Schulen soll dabei verbessert werden. Insbesondere in die Ausbildung der ReferendarInnen und die LehrerInnenfortbildung sollen Jugendoffiziere stärker eingebunden, so genannte Bildungsangebote der Bundeswehr in Medien der Kultusministerien veröffentlicht werden. Durch die Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr dabei verstärkt um Freiwillige werben, um die aus dem Dienst scheidenden Zeit- und Berufssoldaten zu ersetzen.

Die Kampagne „Schulfrei für die Bundeswehr“, in der sich 10 landesweite und regionale Organisationen engagieren, will über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären. Sie tritt dafür ein, die Kooperationsvereinbarung in Baden-Württemberg zurückzunehmen, auf dem Weg zur einer bundeswehrfreien Schule, um langfristig Militärs aus allen Bildungseinrichtungen zu verdrängen. Schülerinnen und Schüler sollen nicht für das Töten von Menschen angeworben werden, sondern zum Frieden erzogen werden.

Im Schuljahr 2010/2011 hat die Kampagne bereits einige Erfolge erzielt: durch gezieltes Lobbying haben sich die SPD und die Grünen zur Kündigung der Kooperationsvereinbarung ausgesprochen. Damit ist Baden-Württemberg das einzige Land mit Kooperationsvereinbarung mit klaren Aussagen zur Rücknahme. Begleitet wurde diese Lobbyarbeit durch vielfältige Aufklärungsarbeit sowie vielfältige Aktionen an Schulen und Messen.

Für das Schuljahr 2011/12 verstärkt die Kampagne ihr Engagement und lädt lokale Gruppen und Initiativen (Friedensgruppen, Gewerkschaften, Studierendengruppen, Schülervertretungen, Elterninitiativen, Parteien) dazu ein, eine Veranstaltung mit folgenden Referenten bis Frühjahr 2012 zu organisieren. Denn: die grün-rote Landesregierung zögert mit der Kündigung der Vereinbarung.

Klaus Pfisterer, Landessprecher der DFG-VK Baden-Württemberg und von Beruf Lehrer, verfolgt seit 1980 den Einfluss des Verteidigungsministerium auf die verschiedenen Bildungseinrichtungen, insbesondere in Baden-Württemberg. Er hat mehrere Artikel zu diesem Thema veröffentlicht und gilt als ausgewiesener Fachmann auf diesem Gebiet .

Das Angebot richtet sich insbesondere an lokale Friedensgruppen, Parteien, Gewerkschaften, Lehrer- und Elternverbände

Klaus Pfisterer bietet einen 45-minütigen Vortrag mit anschließender Diskussion an.

Kontakt: Klaus Pfisterer, Bismarckstr. 5, 73269 Hochdorf, Tel: 07153-58130
email: pfisterer@webstueck.de